

KOMMENTAR

## Es bleibt viel zu tun

Von Peter Altmaier



Peter Altmaier  
Erster Parlamentarischer  
Geschäftsführer

2009 war für uns das Jahr der Krisenbewältigung. Die Union hat zuerst in der großen, jetzt in der „kleinen“ Koalition schwer wiegende Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise von unserem Land abgewendet. Das war nicht selbstverständlich, denn die Entwicklung der auch heute immer noch andauernden Krise

war Anfang des Jahres völlig unabsehbar. Umso eindrucksvoller haben die von der Unionsfraktion beschlossenen Stabilisierungsgesetze, Konjunkturpakete und steuerlichen Erleichterungen Wirkung gezeigt. Der industrielle Kern Deutschlands, Grundpfeiler unseres Wohlstands, konnte unbeschädigt erhalten werden. Die Arbeitslosigkeit, die mit unserer Politik der letzten Jahre spürbar verringert wurde, ist wegen unserer effektiven Kurzarbeitregelungen unter Kontrolle geblieben. Es ist auch der Sozialstaat an sich, der vom Arbeitslosengeld bis zum Kurzarbeitergeld direkt unsere Wirtschaft in der Krise stabilisiert hat und weiterhin stabilisieren wird. Aber es bleibt viel zu tun: Die Krise zwingt uns, langfristig-strategisch das internationale Finanzsystem zu ordnen; und wir müssen uns auf die Zukunftsthemen Bildung, Klima und Demografie konzentrieren: Es sind erhebliche Investitionsanreize und öffentliche Investitionen in Bildung und Zukunftstechnologien nötig, um den zukünftigen, nicht nur klimabedingten Strukturwandel der Wirtschaft maßgeblich gestalten zu können. Damit verbunden ist eine Familienpolitik, die noch bessere Bildungs-, Erziehungs- und Arbeitsbedingungen in Aussicht stellt. Angesichts des demografischen Wandels ist es dringend notwendig, auch in den Unternehmen das Arbeitsleben familienfreundlicher zu gestalten. Familienfreundlichkeit wird maßgeblicher Produktivitätsfaktor in der Zukunft sein.

# FRAKTION DIREKT

THEMA DER WOCHE

## Mit Vertrauen und Zuversicht ins neue Jahr

Die politischen Ereignisse und Entscheidungen des nun ausklingenden Jahres 2009 werden unsere Gesellschaft über lange Zeit prägen. Die größte Finanzmarktkrise seit Bestehen der Bundesrepublik, die Auswirkungen der Globalisierung und der demografische Wandel stellen uns alle vor größte Herausforderungen. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich in dieser Situation für eine schwarz-gelbe Koalition unter Führung von CDU und CSU entschieden, weil sie dieser Koalition am ehesten zutrauen, anzupacken und das Land aus der Krise zu führen.

Die Bundesregierung hat entschlossen gehandelt: Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz werden die Steuerzahler ab dem 1. Januar 2010 um 8,5 Milliarden Euro entlastet. Einschließlich der Entlastungsmaßnahmen aus den schon zuvor verabschiedeten Konjunkturpaketen sind es im Jahre 2010 in der Summe etwa 26 Milliarden Euro Entlastungsvolumen. Von der Erhöhung des Grundfreibetrages profitiert jeder Steuerzahler ebenso wie von den weiteren tariflichen Entlastungen und der Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge. Familien genießen höheres Kindergeld und höhere Kinderfreibeträge. Unternehmen profitieren von besserer Absetzbarkeit von Zinsaufwand auf Fremdkapital, erweiterten Möglichkeiten bei der Verlustnutzung bei Beteiligungen und von Erleichterungen bei der Umsatzbesteuerung.

Wir handeln mit großer Entschlossenheit, weil wir durch massive Entlastungen breiter Bevölkerungsschichten und der Unternehmen das Wirtschaftswachstum beschleunigen wollen. Wir sind überzeugt, nur durch Wachstum aus der Krise zu kommen. Wachstum bedeutet mehr Beschäftigung und mehr Wohlstand. Nur Wachstum entlastet unsere Sozialkassen und kann langfristig finanzpolitische Solidität sicherstellen.

Es sind große Aufgaben, die vor uns liegen - und da ist es wichtig, dass wir eine Regierungskoalition haben, die sich nicht aus Zwang oder zufällig zusammengefunden hat, sondern die zusammenarbeiten will. Das hilft unserem Land. Bei allen Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, bin ich zuversichtlich, dass wir in den nächsten vier Jahren unsere Ziele erreichen können: Raus aus der Krise, Arbeit für die Menschen, Wohlstand durch Wachstum. Das sind gute Perspektiven.

Ich wünsche Ihnen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest, eine besinnliche Zeit und einen guten Start ins neue Jahr.



Volker Kauder  
Vorsitzender der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion

## Globale Verantwortung bei fairer Lastenverteilung



**Christian Ruck**  
Stellvertretender  
Fraktionsvorsitzender

In dieser Woche hat der Bundestag anlässlich der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin über die Kopenhagener Klimaschutz-Konferenz diskutiert. Bundesregierung und Koalition werden weiterhin Vorreiter beim Klimaschutz sein. Die EU hat durch maßgeblichen deutschen Einfluss die weitestgehenden Vorschläge, die konkretesten Zahlen und die deutlichste Bereitschaft für eine politische Einigung vorgelegt. Deutschland verfolgt mit seinem Minderungsziel von 40 Prozent bis

zum Jahr 2020 innerhalb der EU die anspruchsvollsten Klimaziele. Zudem ist Deutschland bereit, für Schnellstartmaßnahmen bis zum Jahr 2013 1,2 Milliarden Euro bereitzustellen. Blockierer sind derzeit andere Verhandler, die nicht bereit sind, ebenso weitgehende, vor allem auch überprüfbare Zugeständnisse zu machen.

Der Vorwurf der Opposition, die Koalition wolle bei den Finanzausgaben den Klimaschutz gegen die Armutsbekämpfung ausspielen, ist entschieden zurückzuweisen. Armutsbekämpfung und Klimaschutz sind zwei Seiten der selben Medaille und damit nicht zu trennen. Das ist so und das war auch schon so, als die SPD sowohl die Entwicklungsministerin, als auch den Finanzminister stellte.

Das Parlament trägt Verantwortung für den sorgsamsten Umgang mit Steuergeldern. Die in Kopenhagen kursierenden Schätzungen zu den notwendigen Klimaschutzinvestitionen lagen weit auseinander. Bevor man große Milliardenbeträge bereitstellt, muss erst seriös geklärt werden, wofür genau die Finanzmittel bedarfsgerecht eingesetzt werden sollen. Denn erst, wenn der langfristige Bedarf klar erkennbar und bezifferbar ist, kann man über weitere konkrete Zusagen reden. Dabei bestehen wir darauf, dass auch die Entwicklungsländer in der Bringschuld sind, nachzuweisen, wie die Mittel effizient – auch im Sinne der betroffenen armen Bevölkerungsschichten – eingesetzt werden können.

Zentral für den Erfolg von Kopenhagen ist globale Verantwortung in fairer Lastenteilung. Es muss klar sein, dass die Ergebnisse ein transparentes und nachprüfbares Klimaschutzregime erbringen. Für Deutschland ist es nicht akzeptabel, dass wir weitgehende Verpflichtungen eingehen und im Wettbewerb verlieren und andere nur sagen, dass sie bestimmte Ziele anpeilen, die aber niemand überprüfen darf. Wichtig ist nun in Kopenhagen vor allem, auch die großen Schwellenländer wie China und Indien zu weitergehenden und überprüfbaren Zugeständnissen zu bewegen. Eine engere Zusammenarbeit mit diesen Ländern könnte auch der deutschen Wirtschaft weitere Türen öffnen.

## Operation Atalanta: Bekämpfung der Piraterie vor Somalia



**Philipp Mißfelder**  
Vorsitzender der  
Arbeitsgruppe Außen

Der Bundestag hat in dieser Woche die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von der Europäischen Union geführten Operation Atalanta bis längstens zum 18. Dezember 2010 beschlossen. Es können bis zu 1.400 deutsche Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden.

Ziel der Operation ist es, die vor der Küste Somalias operierenden Piraten zu bekämpfen und abzuschrecken. Die Gewässer vor Somalia zählen aufgrund der Bedrohung durch

Piraten zu den gefährlichsten der Welt. Dabei verläuft hier mit dem Golf von Aden – zwischen dem Jemen und dem Norden Somalias – eine zentrale Handelsroute zwischen Europa, der arabischen Halbinsel und Asien. 20.000 Schiffe passieren pro Jahr den Golf von Aden. Gerade für eine Handelsnation wie Deutschland ist diese Route von großer Bedeutung und die Freiheit der Meere ein zentrales außenpolitisches Interesse.

Mit der seit einem Jahr von der EU geführten Operation Atalanta sollen daher zum einen die Handelswege der zivilen Schifffahrt gesichert werden. Zum anderen geht es darum, die humanitäre Hilfe für die notleidende somalische Bevölkerung sicherzustellen. 3,7 Millionen Menschen in Somalia, d.h. die Hälfte der Bevölkerung, sind hilfsbedürftig. Über 20 Prozent der Kinder in Somalia leiden an Mangelerscheinungen.

Die bisherige Arbeit unserer Marine war äußerst erfolgreich: Die Sicherheit des Seeweges wurde deutlich erhöht. Die Tatsache, dass die Piraten ihr Operationsgebiet von der Küstenregion weg auf die hohe See verlegt haben, zeigt den Erfolg von Atalanta. Darüber hinaus haben alle 69 Transporte des Welternährungsprogramms ihre Zielorte sicher erreicht. Dadurch konnten bis zu 3,3 Millionen Menschen mit Nahrung versorgt werden.

Wir danken unseren Soldatinnen und Soldaten vor Ort für ihren wichtigen Einsatz. Atalanta muss weitergeführt werden – als Hilfe für die Menschen in Somalia und der Region aber auch, um unsere Interessen als Handelsnation zu wahren.

## Operation ALTHEA: Stabilisierung des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina



Philipp Mißfelder  
Vorsitzender der  
Arbeitsgruppe Außen

Der Bundestag hat in dieser Woche die Verlängerung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an der von der Europäischen Union geführten Operation ALTHEA um ein Jahr beschlossen. Seit 2004 führt die Europäische Union die Operation ALTHEA mit dem Ziel, den Friedensprozess in Bosnien und Herzegowina weiter zu stabilisieren. Die militärische Sicherheitslage in Bosnien und Herzegowina kann derzeit als stabil bezeichnet werden. Die innenpolitische Lage bleibt hingegen fragil. Es ist keinesfalls so, dass die angestrebten Ziele – um nur eines zu nennen: einen stabilen, lebensfähigen, friedlichen und multiethnischen Staat zu bilden – bereits erreicht sind. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat daher die Fortführung der multinationalen Stabilisierungsgruppe EUFOR-ALTHEA für ein weiteres Jahr autorisiert. Von den 2.000 Soldatinnen und Soldaten werden wir, so sieht es das Mandat vor, 140 stellen. Darüber hinaus stellt die Bundeswehr in Zusammenarbeit mit den Streitkräften

Österreichs ein Reservebataillon von 600 Soldatinnen und Soldaten, das im Falle einer Lageveränderung vor Ort verlegt werden kann. Insgesamt können bis zu 900 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden. Einer der größten Erfolge der Befriedung in Bosnien und Herzegowina ist die Reform des Verteidigungssektors. Auch dies ist im Rahmen der EUFOR-Mission insgesamt ein sehr wichtiger Beitrag. Wir sehen, dass es gelungen ist, im Rahmen dieser europäischen Mission sukzessiv dazu beizutragen, eigene spezifisch militärische Aufgaben wie das Räumen von Minen bis zur Luftraumkontrolle an die neuen Streitkräfte, die mit ausgebildet werden, zu übertragen. Der militärische Auftrag des Dayton-Abkommens von 1995 ist somit heute weitgehend erfüllt. Die verbliebenen Risiken sind nicht vordringlich militärischer Natur, sondern politischer, ökonomischer und polizeilicher Natur. Dieser Situation wird das Mandat gerecht.

Die Stabilisierung der Balkanregion direkt vor der Haustür der Europäischen Union und die Unterstützung von Bosnien und Herzegowina auf dem Weg zu einem stabilen und demokratischen Rechtsstaat sind in unserem nationalen Interesse. Daher führen wir auch unser umfangreiches finanzielles Engagement im Rahmen des „Stabilitätspakts für Südosteuropa“ fort und unterstützen die Arbeit der EU-Polizeimission.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Einsetzung des Untersuchungsausschusses ausdrücklich und nachdrücklich unterstützt. Von Beginn an haben wir deutlich gemacht, dass uns sehr an einer transparenten Aufarbeitung der Vorgänge um den Luftangriff auf die

gekaperten Tanklastzüge gelegen ist. Wir sind uns darin einig mit der Bundesregierung.

## Unsere Fraktion unterstützt den Kundus-Untersuchungsausschuss

In dieser Woche hat sich der Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss konstituiert. Als einziger der Bundestagsausschüsse steht dem Verteidigungsausschuss dieses Recht zu (Art. 45a GG). Der Untersuchungsausschuss soll dazu beitragen, die Vorgänge am 4. September 2009 am Kundus-Fluss im Norden Afghanistans aufzuklären.

Gleichzeitig weisen wir jeden Versuch aus den Reihen der Opposition zurück, die Vorgänge in Kundus dazu zu missbrauchen, den Einsatz in Afghanistan in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Vielmehr muss der Untersuchungsausschuss dazu genutzt werden, die konkreten Vorgänge vom 4. September 2009 aufzuklären. Unsere Soldatinnen und Soldaten schützen in Afghanistan unter schwierigsten Bedingungen und unter Einsatz ihres Lebens auch unsere Sicherheit. Sie können sich unserer Unterstützung sicher sein.

gekapteten Tanklastzüge gelegen ist. Wir sind uns darin einig mit der Bundesregierung.

Gleichzeitig weisen wir jeden Versuch aus den Reihen der Opposition zurück, die Vorgänge in Kundus dazu zu missbrauchen, den Einsatz in Afghanistan in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Vielmehr muss der Untersuchungsausschuss dazu genutzt werden, die konkreten Vorgänge vom 4. September 2009 aufzuklären. Unsere Soldatinnen und Soldaten schützen in Afghanistan unter schwierigsten Bedingungen und unter Einsatz ihres Lebens auch unsere Sicherheit. Sie können sich unserer Unterstützung sicher sein.

## Menschenrechte weltweit schützen



**Erika Steinbach**

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Menschenrechte sind universell, unteilbar und unveräußerlich. Sie sind Ausdruck der unantastbaren Würde des Menschen. Im 61. Jahr nach der Annahme der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen ist die Achtung der Menschenrechte noch längst keine Selbstverständlichkeit. In zahlreichen Ländern unseres Erdballs haben sie noch nicht Fuß gefasst, selbst dann nicht, wenn internationale Erklärungen unterschrieben wurden. In anderen Ländern

wiederum verschlechtert sich die Umsetzung der Menschenrechte. Täglich sind wir mit Berichten über Menschenrechtsverletzungen konfrontiert.

In unserem Koalitionsantrag „Menschenrechte weltweit schützen“, den wir diese Woche in den Bundestag eingestellt haben, wurden eindeutige Positionen zum Thema Menschenrechte verankert. Wir fordern, Menschenrechte und Entwicklungspolitik besser als bisher mit-einander zu verzahnen.

Folgende Schwerpunktthemen liegen uns darüber hinaus ganz besonders am Herzen: Wir als Union werden in dieser Legislaturperiode – anknüpfend an die letzten vier Jahre – das Thema Religionsfreiheit intensiv behandeln. 80 Prozent der religiös Verfolgten sind Christen. Uns dieses Themas anzunehmen, wird uns in

der neuen Koalition weitaus besser gelingen als vorher. Religionsfreiheit ist eines der elementaren Menschenrechte. Sie steht derzeit im Mittelpunkt der Diskussion seit der Schweizer Minarett-Entscheidung und bewegt die Menschen nicht nur in der Schweiz, nicht nur in Europa sondern weit darüber hinaus.

Desweiteren ist der Menschenhandel ein Thema, dessen Folgen auch Deutschland betreffen. Mit Menschenhandel verdient die organisierte Kriminalität heute weltweit mehr Geld als mit Drogen- und Waffenhandel. Auch Deutschland ist Zielland für die „Ware Mensch“. Dieses Verbrechen bringt unermessliches Leid für die Opfer, und gleichzeitig bedroht es unsere Sicherheit in erheblichem Maße.

Zwangsprostitution ist in weiten Teilen mit Menschenhandel verknüpft. Den Markt für diesen unmenschlichen Handel müssen wir zerstören. Deshalb verfolgen wir unser Ziel, die Freierstrafbarkeit durchzusetzen, konsequent weiter: Wo keine Nachfrage herrscht, gibt es auch keinen Markt, der Frauen in die Prostitution verkauft.

Die Einhaltung der Menschenrechte stellt das Fundament für die demokratische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung eines jeden Landes dar.

Die Basis unseres Antrages „Menschenrechte weltweit schützen“ ist der Koalitionsvertrag mit der FDP, der betont, dass die Glaubwürdigkeit Deutschlands im direkten Zusammenhang mit konsequentem Eintreten für die Menschenrechte in der Außen- und Entwicklungspolitik steht. Die unkritische Vergabe von Finanzmitteln an Länder, in denen Menschenrechte mit Füßen getreten werden, verträgt sich nicht mit unserem Menschenbild.

## Beisitzer im Fraktionsvorstand



Thomas Bareiß



Axel E. Fischer



Dr. Maria Flachsbarth



Klaus-Peter Flosbach



Erich G. Fritz



Reinhard Grindel



Prof. Monika Grütters



Ernst Hinsken



Dr. Rolf Koschorrek



Dr. h. c. Hans Michelbach



Ruprecht Polenz



Antje Tillmann



Christian Freiherr von  
Stetten



Max Straubinger



Elisabeth Winkelmeier-  
Becker

### Union in Umfrage auf neuem Jahreshoch

Wenn jetzt Bundestagswahl wäre, würden 37 Prozent die Union wählen, so das Ergebnis des Stern-RTL-Wahlrends vom 17. Dezember 2009. Damit steigt die Zustimmung zur Union weiter an, CDU/CSU erreichen ein neues Jahreshoch. Die FDP käme auf elf Prozent. Somit hätte unsere schwarz-gelbe Koalition weiterhin eine klare Mehrheit. Wenn die Deutschen den Kanzler direkt wählen könnten, würden 61 Prozent Bundeskanzlerin Angela Merkel wählen. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel bekäme gerade einmal 18 Prozent. Die SPD verliert weiterhin an Zustimmung. Zum zweiten Mal in diesem Jahr ist sie unter die 20-Prozent-Marke gefallen und landete bei der Stern-RTL-Umfrage erneut bei ihrem historischen Tief von 19 Prozent. Dies zeigt eindeutig: Die Menschen vertrauen darauf, dass wir in der bürgerlich-liberalen Koalition die anstehenden Herausforderungen bewältigen und unser Land gestärkt aus der Finanzkrise führen.

### Facebook: Unionsfraktion begrüßt 1.000 Fan

Nach nur einer Woche konnte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den 1.000 Fan auf Facebook begrüßen: Dr. Bernd Langhein aus dem Wahlkreis Pinneberg. Die CDU/CSU ist damit erfolgreich ins Web 2.0 gestartet.



WEIHNACHTEN 2009

Zeichnung: Tomicek

Wir wünschen Ihnen ein  
besinnliches Weihnachtsfest,  
Gesundheit und viel Erfolg bei all Ihren Vorhaben  
im neuen Jahr.

Ihre Pressestelle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

### IMPRESSUM

Herausgeber  
Peter Altmaier MdB  
Stefan Müller MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Martin Kreienbaum  
Redaktion: Dr. Kristin Pokorny  
(verantw.)  
Christine Maier (Layout)  
Telefon (030) 227 53015  
Telefax (030) 227 56660

### TERMINE

- |                |  |
|----------------|--|
| 18.-22.01.2010 | Haushaltswoche im Plenum   |
| 20.01.2010     | Gemeinsamer Neujahrsempfang der<br>CDU/CSU- und der FDP-Bundestagsfraktion |
| 27.01.2010     | Gedenkveranstaltung für die Opfer des<br>Nationalsozialismus im Plenarsaal |